

Neue Wege in der städtischen "Wohnungslandschaft": Impulse, Projekte, Perspektiven

Günter Nooke

Stellv. Vorsitzender der

CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Konferenz befaßt sich mit neuen Wegen in der städtischen "Wohnungslandschaft". Da liegt aus meiner Sicht die Frage nahe: Was hat ein Bundespolitiker mit Stadtentwicklungspolitik zu tun? Wenn ich hier als Vertreter der Bundesebene als erster zu Ihnen spreche, dann gibt es die Möglichkeit einer kurzen Antwort: Der Bund kofinanziert und bezuschusst den Bau von Wohnungen mit jährlich 55 Mrd. DM, den Bau von Eigenheimen über die Eigenheimzulage mit jährlich 35 Mrd. DM und neuerdings in den Neuen Ländern auch den Abriss von Wohnungen durch Streichung der Altschulden z. B. über die entsprechenden Regelungen auf Grundlage des Altschuldenhilfegesetzes. Und mir ist völlig klar: Im Grunde soll ich Ihnen auf Bundesebene zusagen, Sie - die verschiedensten Vertreter der Landes- und Kommunalebene, Bauträger, Projektverantwortliche, Architekten und Wissenschaftler - nach besten Kräften beim Eintreiben von Bundesmitteln zu unterstützen. Und ich will das hier ausdrücklich auch tun und Sie nicht enttäuschen. Aber auch in der Rolle des Oppositionspolitikers bin ich genauso wie Herr Oberbürgermeister Tiefensee an der Koordinierung aller Akteure interessiert. Auch mir geht es um einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Thema, was aber nicht heißen soll, dass ich mich vor klaren Worten drücken will.

Die Probleme mit der ostdeutschen Wohnungslandschaft, vor denen wir heute stehen, waren nicht alle absehbar. Aber ein Teil der Probleme ist hausgemacht - und Anteil haben daran durchaus alle drei Ebenen: Bund, Länder und Kommunen. Damit meine ich ausdrücklich nicht nur die neue, sondern auch die alte Bundesregierung:

- Die Sonder-AFA lief zu lange, es wurde zu lange in den Geschosswohnungsbau investiert.
- Die Förderinstrumente existierten länger als der Bedarf an Wohnungen bestand. Wer Geld bekommen konnte, nutzte es auch, denn damit waren Arbeitsplätze, Steuereinnahmen und nicht zuletzt die Verschönerung unserer Städte verbunden. Mir ist also durchaus verständlich, warum wir heute (und nicht nur hier in Leipzig, sondern in vielen Städten der neuen Bundesländer) in einer Situation sind, wo nicht fehlende Wohnungen, sondern Wohnungsleerstand die zentrale Herausforderung für uns alle heißt.

Wir sollten aber auch nicht vergessen, dass ohne die Sonder-Afa Geld von Privatpersonen aus West- oder Süddeutschland nicht im Osten angekommen wäre, sondern dass diese Steuersparmodelle anderswo realisiert worden wären.

Für sich genommen haben die meisten Akteure rational vernünftig gehandelt. Aber alle gemeinsam haben wir - volkswirtschaftlich und gesellschaftlich betrachtet - nach 1990 nicht ganz zu Ende gedacht. Und vor allem haben wir eben nicht gemeinsam genug nachgedacht. Es bleibt die grundlegend richtige Erkenntnis, dass auf die Frage: Was ist zu tun? die richtige Antwort in der Regel lautet: Nachdenken! So verstehe ich auch diesen Kongress mit den unterschiedlichen Interessenvertretern: Nachdenken und zwar gemeinsam, um möglichst langfristig tragfähige Lösungen zu finden, die allen nutzen!

Aufgabe der Bundespolitik ist es dabei aus meiner Sicht, grundsätzlich (aber insbesondere vor dem Hintergrund der Wohnungsbausituation in den neuen Bundesländern) die bestehenden Zuständigkeitsverflechtungen und Fördermechanismen klarer zu strukturieren. Wer ist wofür zuständig und bekommt auch das Geld dafür? Mischfinanzierungen gehören auf den Prüfstand, denn wenn das, was die öffentliche Hand finanziert, die Mitverantwortlichen und Mitentscheider nur die Hälfte oder ein Drittel kostet, verschwindet das Bewusstsein, dass letztendlich der Steuerzahler, also wir alle, immer zu 100% die Zeche zahlt. Was nicht benötigt wird, sollte man auch nicht für den halben Preis kaufen, bzw. kaufen müssen. Ich bin lange genug Politiker, um zu wissen, welchen Druck manchmal Wähler, Verbändevertreter und Profiteure nicht gewollter Entscheidungen gerade in öffentlichen, demokratischen Entscheidungsprozessen ausüben, um zu eben diesen falschen Entscheidungen zu kommen.

Meine Damen und Herren, meine erste einschränkende Anmerkung zu der eingangs zugesagten Unterstützung beim Geldbeschaffen lautet: Ich plädiere zumindest langfristig für den Rückzug des Bundes aus der Wohnungsbaupolitik! Damit meine ich natürlich nicht, dass der Bund die damit verbundenen Geldzuwendungen sparen sollte. Ich plädiere vielmehr dafür, die Verantwortlichkeit für die Wohnungsbaupolitik in den Ländern festzumachen und damit auch den Ländern bzw. gegebenenfalls den Kommunen das Geld für eigenverantwortliche Entscheidungen zu überlassen! Wer das sagt, ist sich bewusst, dass zwar Fehler nicht grundsätzlich vermieden werden, dass aber das Ausmaß von

Fehlern geringer wird. Gleichzeitig müssen die Folgen falscher Entscheidung dann aber auch vor Ort ausgehalten werden. Oder positiv gesagt: Es können die Früchte weitsichtiger, richtiger Entscheidungen dann vor Ort geerntet werden.

Doch soweit sind wir noch nicht. Der gesellschaftliche Wandel und die konkrete Situation in den Städten erfordern gegenwärtig noch die konstruktive Begleitung aller Akteure durch den Bund. Notwendig ist dies vor allem durch die geringe Finanzausstattung der ostdeutschen Länder und Kommunen.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht beim Wohnen um mehr als nur Zuständigkeitsfragen.

Der Wohnbau bildete von jeher die ursprünglichste und wichtigste Bauaufgabe. Ohne ein schützendes Dach über dem Kopf kann der Mensch auf Dauer nicht überleben. Das Recht auf eine Wohnung hat in einigen Bundesländern sogar Verfassungsrang. Unser Wort "wohnen" leitet sich übrigens vom altgotischen Stamm "wunian" ab und bedeutete einst "zufrieden sein".

Damit ein Bauwerk dem Menschen zur Wohnung wird, in der er sich wohl fühlen und zufrieden sein kann, muss es vielfältigen Anforderungen entsprechen: Es muss uns vor den Unbilden der Witterung und vor feindlichen Einwirkungen schützen, uns sicheren Raum für Arbeit und Schlaf, für Nahrungszubereitung und Körperpflege, für Geselligkeit und Entspannung gewähren. Aber auch ästhetischen Ansprüchen muss das Bauwerk gerecht werden. Zumindest früher genügte es dem Bauherren nicht, nur eine zweckmäßige Behausung zu errichten, den eine Wohnstätte sollte auch ein gewisses Schönheitsbedürfnis befriedigen, den Leitbildern der jeweiligen Zeit entsprechen und seelische Geborgenheit vermitteln.

Ich glaube, dass sich hieraus das verständliche und berechtigte Gefühl vieler Menschen herleitet, den Bausünden des "sozialistischen Realismus" - insbesondere im komplexen Wohnungsbau - keinen allzu hohen Bestandsschutz zu gewähren. Viele Plattenbauten werden deshalb nicht ewig stehen bleiben. Viele werden es auch gar nicht können und sollten es auch nicht. Man ging in der DDR wohl von einer Lebensdauer der Plattenbauten von etwa 40 bis maximal 60 Jahren aus.

Im übrigen erinnert mich diese Diskussion an ein früheres Erlebnis in dieser Stadt. Ich mag Leipzig und bin gern hier, denn nach meiner Lehrzeit als Baufacharbeiter mit Abitur habe ich hier Physik studiert. Es war in meiner Studentenzeit, so etwa 1983 oder 1984, als ich im Keller der Moritzbastei den verantwortlichen Architekten des damals zweitgrößten Wohnungsbaukomplexes der DDR in Leipzig-Grünau, die seinerzeit viel mehr als heute politisch inkorrekte Frage stellte: Ob er schon mal darüber nachgedacht habe, wie und mit welchen Technologien diese Wohnungsblöcke abzureißen seien. Der Architekt hatte zuvor stolz vom Wohnungsbauprogramm der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik geschwärmt. Natürlich war damals der Hintergrund meiner Frage der Gedanke an die mit solchen Neubaugebieten verbundenen sozialen Probleme, nicht aber der Gedanke, dass wir schon 15 Jahre später zu viele Wohnungen haben könnten. Inzwischen sind schon mehr als zehn Jahre seit dem Zusammenbruch der DDR vergangen und wir sollten dort, wo es notwendig ist, (und wir sind uns wahrscheinlich einig, dass es notwendig ist!) endlich in größerem Umfang mit dem Abriss beginnen.

Auch wenn wir es Stadtsanierung nennen und städtischen Strukturwandel sollten wir uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass dies, von den Menschen auch als Abriss wahrgenommen werden wird, als Vernichtung von Wohnraum. Genauso wie die Vernichtung von Tomaten und Rindern angesichts hungernder Menschen in der Welt, ist es auch angesichts von Obdachlosen unter den eigenen Brücken, ein hochsensibles Problem und ein Politikum, Wohnraum zu zerstören. Nur glaube ich, dass durch Warten die Situation nicht besser sondern eher schlimmer wird.

Historisch wäre hierzu insbesondere zur Entstehung von Großsiedlungen viel zu sagen.

1. Industrialisierung und Landflucht führten im 19. Jahrhundert zum explosionsartigen Anwachsen der europäischen Städte, und, verbunden damit, zu Verelendung der Arbeiterschicht und Wohnungsnot. Neben den für englische Industrieansiedlungen typischen Reihenhaussiedlungen entstand im Zusammenhang mit der Blockbebauung die typische Mietskaserne mit den ihr eigenen Problemen. Erst nach der Jahrhundertmitte wurden mit den Wohnkolonien auch Lösungen entwickelt, wie für Unterschichten besserer Wohnraum geschaffen werden konnte.

Dort, wo die Nachfrage nach Arbeitskräften sehr hoch war, wurden große Mietshäuser gebaut; sie wurden Mietskasernen genannt. Sie ermöglichten die Unterbringung vieler Menschen auf engem Raum und ließen Ballungsräume entstehen. In der DDR entstanden in den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts die riesigen Neubausiedlungen von denen ich eben schon gesprochen haben.

Auch in der DDR ging es vor allem um das Errichten vieler und preisgünstiger Wohnungen. Sie wurden zynisch Arbeiterschließfächer genannt, aber wir sollten uns auch hier einen differenzierten Blick bewahren.

So eng bebaut wie die Gründerzeitviertel waren die Neubauviertel nicht, und vielleicht deshalb ist die Flucht aus den Plattenbausiedlungen aus unterschiedlichen Gründen alles in allem noch recht verhalten.

2. Nicht unerhebliche Folgen für die Planung von Wohnlandschaften ergeben sich auch aus den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen unserer Zeit. Die traditionellen Familienstrukturen lösen sich auf und bewirken wechselnden Raumbedarf: Steigende Lebensqualität, verlangt nach größeren Freiräumen; die immer knapper werdende Siedlungsfläche zwingt zu räumlicher Beschränkung.

Die Suche nach neuen, zeitgemäßen Wohnformen ist daher auch eine logische Folge veränderten sozialen Verhaltens: Trend zu Singlehaushalten, geringere Sesshaftigkeit der Menschen infolge höherer Mobilität, höhere Ansprüche an die Qualität des Wohnumfeldes, zunehmende Bedeutung gesundheitlicher Aspekte etc. ... Deutlich wird: Das Problem des Wohnens ist keineswegs mit der Beschaffung von Wohnraum gelöst.

Zur kurzen Bestandsaufnahme gehört:

- In Ostdeutschland steht rund eine Million Wohnungen leer. Etwa 1/3 sind Altbauwohnungen aus der Zeit der Jahrhundertwende, etwa 1/3 sind Altbauwohnungen aus der Vorkriegs- und der frühen DDR-Zeit und etwa 1/3 sind Wohnungen in Plattenbauten. Der Leerstand in den Plattenbauten nimmt tendenziell zu. Und gerade hier in Leipzig oder auch im nahegelegenen Halle kommen wir nicht umhin, auch hohe Leerstände in Altbauten zu beklagen.
- Nach der Wende hat der beispielsweise Bauboom in den neuen Bundesländern Überkapazitäten an Wohnraum produziert. Bestimmte Standorte sind davon besonders betroffen. An Standorten, wo keine Hoffnung auf Investitionen bestand, waren Sonder-Afa oder Investitionszulagen weniger interessant.
- Die städtebaulichen Sünden der DDR sind immer noch erkennbar: Unwirtliche Monotonie statt Urbanität und lebenswertem Wohnumfeld. Im Zentrum wie an der Peripherie verprovinzialisieren die Städte.
- Fehleinschätzungen bei der Einschätzung der Nachfrage nach Miet- bzw. Geschosswohnungen, waren oft gepaart mit Managementfehlern in der Wohnungswirtschaft. Der Wohnungsbau war Teil einer großen Hoffnung auf schnelle Entwicklung und Zuwächse, die sich so nicht erfüllte.
- Das größte Problem ist die Kombination von zunehmender Migration und gleichzeitiger "Schrumpfung" der Bevölkerung in den neuen Bundesländern. Geburtenknick 1990 und nachfolgender Geburtenrückgang beeinflussten die demographische Entwicklung. Der verstärkte Wegzug gerade junger Menschen war noch vor drei Jahren so nicht vorstellbar.

Bei der Bestandsaufnahme sollten aber zwei Gedanken nicht fehlen:

- Zu DDR-Zeiten bedurfte es keiner Abrissbirne, die Altbausubstanz fiel einfach in sich zusammen. Sie wäre, bei Fortbestand der DDR, heute in vielen Städten unwiederbringlich verloren.
- Nur zehn Jahre nach der Wiedervereinigung gibt es wunderschön sanierte Altstadtkerne und auch sehr schöne blühende Stadtlandschaften.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, von der Politik wird nun erwartet, etwa eine Million "überzähliger" Wohnungen vom Markt zu nehmen und außerdem das Geld dafür bereitzustellen.

Dass sich die Politik hier schwer tut ist verständlich - immerhin handelt es sich um Geld von Steuerzahlern, das ausgegeben wird!

Wenn ich eingangs dafür plädiert habe, mit dem Abriss zu beginnen, habe ich immer noch die Hoffnung, dass es möglichst nur unsanierte Wohnungen trifft. Bei diesem Thema will ich gern auch zuhören und Informationen von dieser Tagung mitnehmen. Denn - und das sage ich nicht nur vor den Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz - wenn erst abends in der Tagesschau die Bilder von der Sprengung sanierter Wohnblöcke über den Bildschirm flimmern, haben wir wahrscheinlich alle ein Problem. Zumindest brauchen wir dann verdammt gute Argumente, um weiterhin Geld (insbesondere von den westlichen Bundesländern) für Sonder- und Sofortprogramme im Osten zu bekommen, so wie es gerade gestern der Thüringische Ministerpräsident gefordert hat. Das gleiche trifft für den Solidarpakt II (für mindestens zehn weitere Jahre) und den Länderfinanzausgleich zu.

Lassen Sie mich hier noch einige Aspekte anführen, die bei den ausstehenden Entscheidungen zur

"Abrissförderung" ebenfalls Berücksichtigung finden sollten:

- Es reicht nicht, weiterhin die Überlegung zu pflegen, dass der Wegzug von Ost nach West nicht so weitergehen kann. Wir müssen etwas dagegen tun! Wir brauchen Arbeits- und Ausbildungsplätze im Osten! Denn wenn die Arbeitsplätze nicht zu den Menschen kommen, können wir nichts dagegen haben, wenn die Menschen zu den Arbeitsplätzen ziehen. Was die Daten und Zahlen der Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland betrifft, so ist die Lage wirklich dramatisch, aber es hilft nicht, dies zu beklagen und damit die Spirale nach unten erst recht in Gang zu setzen. Mir scheint, dass vielleicht das erste Mal im Osten der Satz richtig ist: Die Stimmung ist besser als die Lage. Deshalb müssen wir alles tun, damit nicht auch die Stimmung noch kippt. Dazu gehört beispielsweise eine gezielte Ansiedlungspolitik, jedenfalls soweit die Politik Einfluss nehmen kann. Und selbst beim Thema Lohnangleichung muss klar sein, dass der doppelte Verdienst für ostdeutsche Hochschulabsolventen in München nicht immer zum Bleiben in Leipzig anreizt, wenn dort auch ein gutes soziales Umfeld und gute soziale Kontakte vorhanden sind.
- Wir sollten mutig und kostensparend abreißen und nicht dem Irrtum verfallen, man könnte Stadtplanern und Architekten dadurch entgegenkommen, dass teurere Rückbauvariationen an Platten und in Plattensiedlungen versucht werden. Damit können Überkapazitäten allenfalls reduziert, aber nicht abgebaut werden.
- Wir sollten wenig über den Abriss und die damit verbundenen Probleme öffentlich reden, sondern ihn so geräuschlos wie möglich vollziehen.
- Wir sollten uns, die mit einer gezielten Stadtsanierung vorhandenen Gestaltungschancen immer wieder bewusst machen: Aufgelockerte Innenstadtbereiche mit Eigenheimen und (freiem) Parkplatz vor der Haustür, neue Räume für Spielplätze und Grünflächen. Das bedeutet gesteigerte Lebensqualität für diejenigen, die hier bleiben. Dabei ist immer zu bedenken: Es ist psychologisch leichter zu ertragen neben Baustellen zu wohnen, wo etwas wächst, als neben solchen, wo die Abrissbirne immer haarscharf am eigenen Fenster vorbei schwingt.
- Der Empfehlung der Lehmann-Grube-Kommission sollte nicht gefolgt werden, die Eigenheimzulage im Osten zu reduzieren. Diejenigen Familien, die ins Einfamilienhaus in einer Siedlung streben, sind deshalb nicht in der Stadt zu halten. Vielmehr bestünde die Gefahr, dass auch diese Familien noch in den Westen gingen, wo sie für den Eigenheimbau noch die volle Förderung erhielten. Aber das sieht wohl die Bundesregierung genauso, auch wenn bis heute keine offizielle Reaktion bzw. keine Beschlüsse der Bundesregierung zum Kommissionsbericht vorliegen.
- Wir sollten den dabei neu entstehenden Industriezweig für Abriss und komplexe Stadtsanierung zum Anlass nehmen, bei den Unternehmen Know how zu entwickeln, was anderswo noch gebraucht werden könnte - z. B. wenn in einigen Jahren auf Grund der demographischen Entwicklungen auch in Westdeutschland Wohnungen vom Markt genommen werden müssen. Es stellt sich auch die Frage, was von den zum Abriss bestimmten Gebäuden bzw. Gebäudeteilen natürlich unter bestimmten Kostengesichtspunkten verwertbar oder recyclebar ist.
- Bei der Suche nach neuen Wegen in der Wohnungslandschaft sollte auch endlich mit der jahrelang (nicht nur im Osten) propagierten Meinung aufgeräumt werden, dass Großsiedlungen ökonomisch vorteilhaft - weil raumsparend - und Zeichen einer guten Sozialpolitik - weil billig - sind.
- Die Städte müssen vielmehr dem in der Gesellschaft stattfindenden Paradigmenwechsel von der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft mitvollziehen. Die Stadtsanierung sollte im Hinblick auf Verkehrsinfrastruktur, soziale Infrastruktur im weitesten Sinne (Einbindung von Ehrenamtlichen bzw. Freiwilligen), Bildungsinfrastruktur (Schulen, Hochschulen) und Verwaltungsinfrastruktur (Bürgertreffpunkte, ...), Ausdruck des Mutes der Städte sein. Die Herausforderung besteht darin, neue Wege aufzuzeigen und mögliche Kostenvorteile durch Schnelligkeit zu nutzen. Wir müssen weg von Schlafstädten, verwahrlosten Quartieren und sozialen Brennpunkten - die Menschen sollten sich wohlfühlen, sie sollten die Quartiere als ihre Heimat akzeptieren und sich für ein lebenswertes Umfeld engagieren.
- Die Gestaltung des öffentlichen städtischen Raumes darf nicht auf die historischen Stadtkerne beschränkt bleiben. Eine Synthese zwischen Alt und Neu, zwischen Peripherie und Zentrum sollte zumindest angestrebt werden. Dabei sollte hinreichend Raum für Experimentiermöglichkeiten bestehen.

- Bei der Sanierung des Altbaubestandes ist kritisch zu hinterfragen, ob der denkmalpflegerische betriebene oder verlangte Aufwand tatsächlich immer angemessen ist.
- Die Kommunen sollten sich fragen, ob sie nicht im wohlverstandenen Eigeninteresse doch etwas mehr Flexibilität bei der Erhebung von Grundsteuer und Grunderwerbsteuer zeigen können. Die Devise muss lauten: Die Kommunen müssen und wollen attraktiver werden - und das mit allen Mitteln!
- Die Akteure müssen Wege finden, Umzüge möglichst attraktiv zu machen, um effizientere Formen der Wohnungsbewirtschaftung zu erreichen. Wohnungsblöcke, die abgerissen werden, müssen leergezogen werden. Warum bieten Wohnungsunternehmen ihren Mietern kaum Paketlösungen an, so dass Umzüge übers Wochenende, incl. aller Nebenleistungen bis zur Adressenummeldung, ohne Zutun der Mieter abgewickelt werden können. Es ist doch für die Unternehmen besser, die Mieter bleiben, als dass sie zu anderen Vermietern ausweichen.

Zum Abschluss noch eine kurze Bemerkungen zum Programm "Soziale Stadt":

Die CDU/CSU-geführte Bundesregierung hat 1996 unter Federführung von Bundesbauminister Prof. Dr. Klaus Töpfer den Anstoß für das "Programm Soziale Stadt" gegeben. Diese Gemeinschaftsinitiative sollte Quartiersentwicklungsprozesse in Gang setzen, welche soziale Problemgebiete zu selbständig lebensfähigen Stadtteilen mit positiver Zukunftsperspektive machen sollte. Das Programm war Ausdruck des Schwerpunkts in den Bereichen Städtebau und Kommunalpolitik, den die damalige Regierung als Antwort auf erkennbare Fehlentwicklungen setzte. Dabei handelt es sich um Wegzug von besser verdienenden Familien mit Kindern ins Umland, Verödung vieler Innenstädte, Ladensterben und Leerstand, ein Gefühl von Rechtsunsicherheit, soziale Entmischung der Wohnbevölkerung bis zur Ghattobildung und Entstehung von Problemvierteln, in denen Arbeitslosigkeit, Alkohol- und Drogenmissbrauch, Gewaltbereitschaft und Kriminalität Ausdruck für gesamtgesellschaftliche Entwicklungen sind, denen mit den traditionellen Mitteln der Kommunalpolitik und des Städtebaus nicht mehr angemessen begegnet werden kann. Die neue Bundesregierung hat die Haushaltsmittel für Städtebauförderung und Sozialen Wohnungsbau drastisch eingeschränkt. Das "Programm Soziale Stadt" wurde auf niedrigem Finanzierungsniveau begonnen. Zahlreiche Bundesgesetze wurden unter der neuen Regierung ausgehöhlt. Aufgabenübertragung ohne entsprechende finanzielle Kompensation und starkes Absenken der fremdbestimmten kommunalen Steuereinnahmen sind Gründe dafür. Der finanzielle Spielraum für die Übernahme freiwilliger Selbstverwaltungsaufgaben schwindet. Die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben können in zahlreichen Kommunen nicht mehr mit einem ausgeglichenen Haushalt wahrgenommen werden. Die Problemlagen in vielen Stadtquartieren verschärfen sich. Deshalb kommt der Förderung von innerstädtischen und anderen Problemquartieren und der Stärkung der Kommunalen Selbstverwaltung eine bedeutende Rolle zu. Das Programm "Soziale Stadt" muss in diesem Gesamtzusammenhang gesehen werden. Die Dotierung des nun implementierten Programms "Soziale Stadt" fällt mit 100 Mio. DM in diesem Jahr bescheiden aus, zumal sie aus dem Bauetat gegenfinanziert werden soll.

Aber mit den hier thematisierten Strukturwandel in der ostdeutschen Wohnungswirtschaft stehen wir vor noch viel größeren Herausforderungen und Kostenlasten. Mir geht es dabei zuerst um die Handlungsfähigkeit der Kommunen im Osten. Wir sollten uns dieser Herausforderung auch im Deutschen Bundestag gemeinsam stellen, sie annehmen und so auch gemeinsam für ganz konkrete Hilfe sorgen. Meine und die Unterstützung meiner Fraktion will ich ausdrücklich zusagen.